Stand: 26.04.2024 14:01:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8516

"Bayerisches Energiekonzept - Mit einer Stimme sprechen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/8516 vom 11.05.2011
2. Beschluss des Plenums 16/8558 vom 12.05.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 12.05.2011

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**8516**
11.05.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Bayerisches Energiekonzept – Mit einer Stimme sprechen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- das angekündigte Konzept für die rasche Energiewende in Bayern hin zu einer Versorgung mit erneuerbaren Energien gemeinsam und gleichberechtigt vom Umwelt- und vom Wirtschaftsministerium erstellen zu lassen,
- den Landtag frühzeitig einzubinden und zu beteiligen,
- beim Ausbau der erneuerbaren Energien verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen und bestehende Hemmnisse zu beseitigen, Entscheidungen über den Bau konkreter Anlagen jedoch von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort treffen zu lassen und deren finanzielle Beteiligung nebst der Möglichkeit, an den Erträgen zu partizipieren, zu unterstützen,
- unverzüglich mit dem Konzept zur Energiewende einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2011 zur raschen Gewährleistung der notwendigen Investitionen, Fördermaßnahmen und Umsetzungsprojekte vorzulegen sowie die Finanzierung der Energiewende zum Schwerpunkt des Entwurfs des Nachtragshaushalts 2012 zu machen.

Begründung:

Die Staatsregierung hat angekündigt, ein bayerisches Energiekonzept zu erarbeiten. Seitdem ist es fortgesetzt zu Unstimmigkeiten bezüglich der Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Energiepolitik zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium gekommen. Nach der Veröffentlichung eines Atomausstiegspapiers durch Umweltminister Söder stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Franz Xaver Kirschner offen die Koalitionsfrage. Damit ist bei den energiepolitischen Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Staatsregierung ein neuer Höhepunkt erreicht. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion führen diese öffentlich ausgetragenen Unstimmigkeiten sowie die Nennung immer neuer Jahreszahlen für den Ausstieg aus der Kernenergie seitens der beiden rivalisierenden Staatsminister zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft hinsichtlich der künftigen bayerischen Energiepolitik. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung daher im Interesse der Sache auf, das bayerische Energiekonzept gemeinsam und gleichberechtigt vom Umwelt- und vom Wirtschaftsministerium erstellen zu lassen.

Ministerpräsident Seehofer hat die Nuklearkatastrophe in Fukushima als Zäsur bezeichnet und eine Beschleunigung der Energiewende gefordert. Der Ministerpräsident hat in diesem Zusammenhang angekündigt, sämtliche Landtagsfraktionen beim Prozess des beschleunigten Umbaus der Energieversorgung miteinzubeziehen. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt dies ausdrücklich. Die Energiepolitik ist ein Querschnittsthema, das in mehreren Politikbereichen eine wichtige Rolle spielt. Auch im Landtag sind mehrere Ausschüsse in unterschiedlichem Maße damit befasst. Um diesem Querschnittscharakter des Themas gerecht zu werden, fordert die SPD-Landtagsfraktion die umgehende Einrichtung einer Kommission, die sich mit sämtlichen Fragestellungen und konkreten Maßnahmen bezüglich des Umstiegs auf erneuerbare Energien in Bayern beschäftigt.

Ein schnellstmöglicher Umstieg auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist das Ziel der SPD-Landtagsfraktion. Um dieses Ziel schnellstmöglich zu erreichen, sollten bestehende Hemmnisse abgebaut und günstige Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Welche Anlagen vor Ort gebaut werden, sollte jedoch auch vor Ort von den Bürgerinnen und Bürgern mitentschieden werden. Die Akzeptanz der Bevölkerung wird beim Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen nur dann erreicht werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger bei solchen Vorhaben umfassend miteinbezogen werden. Überdies sollte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit Einlagen selbst an den Erneuerbare-Energien-Anlagen zu beteiligen, um an den Erträgen aus diesen Anlagen zu partizipieren.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**8558**
12.05.2011

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**8516**

Bayerisches Energiekonzept - Mit einer Stimme sprechen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Ludwig Wörner
Abg. Klaus Steiner
Abg. Thorsten Glauber
Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Tobias Reiß
Abg. Ludwig Hartmann
Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Tobias Thalhammer
Staatssekretärin Katja Hessel

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Bayerisches Energiekonzept - Mit einer Stimme sprechen (Drs. 16/8516)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energiewende jetzt! - Aufstellung eines Zeitplans für den Ausstieg aus atomarer und fossiler Energieerzeugung in Bayern (Drs. 16/8517)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Wörner für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bayerisches Energiekonzept wollen alle. Ich glaube, in dieser Frage sind wir uns noch einig. Aber die - wenn ich aber das Wort verwenden darf - Kakofonie, die diese Diskussion in den letzten Wochen vonseiten des Regierungslagers begleitet hat, war dabei nicht gerade förderlich.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie hat eher Verunsicherung in die Diskussion hineingetragen. Mit unserem Antrag versuchen wir hingegen, Einigkeit herzustellen. Wir glauben nämlich, es ist notwendig, dass im Sinne von Umwelt und Energie gleichberechtigte Partner handeln. Das würde auch gehen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag, dass das Konzept für eine rasche Energiewende hin zu einer Versorgung mit erneuerbaren Energien gemeinsam und gleichberechtigt von Umwelt- und Wirtschaftsministerium erstellt wird. Wir wollen, dass der Landtag, wir als Gremium - so viel Selbstbewusstsein müssen wir besitzen - dabei eingebunden wird. Wir können schlecht sagen, die werden es schon richtig machen.

Wir haben vielleicht auch gute Ideen und die sollten wir zusammentragen. Im Übrigen greifen wir auf das Angebot des Herrn Ministerpräsidenten zurück. Er hat das explizit angeboten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte deshalb, möglichst rasch zusammenzukommen, damit wir erledigen können, was zu erledigen ist. Wir sollten möglichst schnell dieses Gremium institutionalisieren. Dieses Gremium soll nicht alles abnicken, es soll vielmehr gute Vorschläge erarbeiten.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir verbesserte Rahmenbedingungen. Wir wollen auch bestehende Hemmnisse beseitigen. Entscheidungen über den konkreten Bau von Anlagen sollen aber vor Ort mit dem Diktum gefällt werden, dass die Kommunen diese Entscheidungen zusammen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern treffen. So wird auch die Akzeptanz vorhanden sein. Um die Akzeptanz herzustellen und zu erhöhen, muss auch die finanzielle Beteiligung berücksichtigt werden. In manchen Kommunen geschieht das schon. Es gründen sich Energiegenossenschaften und -verbände, die organisieren, dass die Menschen vor Ort selbst über die Technik entscheiden, die sie wollen, und zwar angepasst an die jeweilige Region. Und die Menschen sollen daran gemeinsam mit den Kommunen auch Geld verdienen. Die Akzeptanz ist dann nämlich am allerhöchsten, wie wir alle wissen.

Schließlich wollen wir unverzüglich mit dem Konzept zur Energiewende einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2011. Wir können nämlich nichts machen, wenn wir kein Geld haben, und in den letzten Haushalten wurde dafür kein Geld eingestellt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir können viel wollen, wenn wir es nicht bezahlen!)

Wir brauchen auch einen Nachtragshaushalt, und zwar so schnell wie möglich, für das Jahr 2012. Darin muss festgelegt werden, in welcher Höhe der Freistaat bereit ist, Geld für die Energiewende selbst aufzubringen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es gibt viele Punkte, wo wir mithelfen können. Auf einige Dinge, die recht ärgerlich sind, möchte ich an dieser Stelle hinweisen. Wirtschaftsminister Zeil setzt jetzt beispielsweise voll und ganz auf Wasserkraft. Offensichtlich tut er dies, um einen Keil zwischen die Verbände zu treiben. Ich bin ein Anhänger der Wasserkraft, das wissen Sie alle. Ich werde deshalb alles dafür tun, dass wir möglichst viel Energie aus Wasserkraft erzeugen. Es gibt inzwischen einen Verband, der behauptet, er könnte sämtliche bayerische Haushalte mit Strom aus Wasserkraft versorgen, und dies mit den bestehenden Wasserrechten. Ich glaube das sogar. Es wäre jedenfalls spannend, das auszuloten.

Herr Söder geht ähnlich vor wie Staatsminister Zeil, er spricht nur noch von Wind, Wind und nochmals Wind. Den macht er auch gern, das wissen wir. Wenn ich aber als Politiker nur Vorgaben liefere und vorgebe, was für die Bürgerinnen und Bürger gut sein soll, dann verprelle ich auch Leute. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber den umgekehrten Weg gehen: Die Menschen vor Ort müssen entscheiden können.

(Beifall bei der SPD - Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Ich gebe zu, bei mir kommt fast Neid auf, wenn ich mir die Gemeinde Wildpoldsried ansehe. Der dortige CSU-Bürgermeister hat es gemeinsam mit seinen Bürgerinnen und Bürgern geschafft, in 13 Jahren - seither begleite ich das Projekt mehr oder weniger - sechs Windräder aufzustellen. Die Windräder stehen in einer wunderschönen Urlaubslandschaft. Trotzdem gab es keinen Widerstand, denn die Bürgerinnen und Bürger haben erst einmal die Energie mit allen zur Verfügung stehenden Technologien entwickelt und waren dann schließlich bei einer Eigenstromerzeugung von 80 %. Dann haben sie gesagt, den Rest schaffen wir auch noch. Der Ehrgeiz hat sie gepackt. Heute stehen in der Gemeinde sechs Windräder und es wird mehr Energie er-

zeugt, als die Gemeinde braucht. Das ist doch ein tolles Beispiel, da kann ich nur sagen: Klasse!

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich würde mir wünschen, der Landtag würde so etwas initiieren. Wie setzen die Rahmen, machen sollen das aber die Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Wir wären dann auf einem guten Weg, auch hinsichtlich der Akzeptanz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, weil wir glauben, dass er notwendig ist. Wir können nicht pauschal von hier aus entscheiden, was für die jeweilige Region richtig und gut ist. Die Menschen vor Ort wissen besser als wir hier, ob sie mit Wasserkraft, mit Windkraft oder mit Biomasse - es gibt noch viel mehr - besser zurande kommen. Vor Ort sollte entschieden werden. Wir sollten das Gezeter - mein Sandkasten, dein Sandkasten - einstellen und möglichst rasch in Vorleistung gehen bzw. das liefern, was notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass es in diesem Zusammenhang nicht hilfreich ist, wenn ich auf der Seite des energiepolitischen Sprechers der CSU-Fraktion heute um 10.28 Uhr lesen darf:

> Damit kann die Kernenergie, die in Bayern aktuell zur Grundlaststromversorgung rund 80 % beiträgt, nicht zeitnah ersetzt werden. Sie ist auf absehbare Zeit eine notwendige Brückentechnologie. Deshalb ist die Entscheidung für längere Laufzeiten entschieden zu begrüßen.

"Guten Morgen!", kann ich da nur sagen. Irgendjemand hat da geschlafen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ludwig Wörner (SPD): Nein, im Moment nicht; gern hinterher. - Herr Kollege, offensichtlich ist die Zeit an Ihnen vorbeigegangen. Oder Sie sind ehrlich und wollen gar nicht aus der Atomenergie aussteigen; das kann auch sein. Wenn Sie als energiepoli-

tischer Sprecher auf Ihrer Internetseite so etwas verkünden, dann muss ich davon ausgehen, dass das autorisiert ist. Es kann zwar auch Ihre Einzelmeinung sein, aber für den energiepolitischen Sprecher der CSU-Fraktion ist das schon eine deutliche Aussage. Heute nach 10 Uhr auf Ihrer Internetseite - das heißt, es ist aktuell und gültig.

Da frage ich mich schon: Haben Sie etwas übersehen oder sind Sie tatsächlich der Meinung - wenn ich Ihren Pressemitteilungen glauben darf, dann sind Sie der Meinung -, dass das eine gute Technik sei, die man ruhig weiterlaufen lassen könne? Ich weiß bloß nicht, wie lange; dazu haben Sie sich noch nicht entschieden.

Wir meinen: Die Zeit ist vorbei. Deswegen sollten wir schleunigst versuchen, die Weichen richtig zu stellen und - ich wiederhole es - die Menschen in Bayern dabei mitzunehmen, das heißt, für allseitige Akzeptanz Sorge zu tragen. Das wird am besten dadurch erreicht, dass die Menschen Beteiligte werden, nicht Betroffene. Wenn wir die Betroffenen zu Beteiligten machen, wie es in vielen Regionen schon geschieht, dann läuft das wunderbar. Hinzu kommt, dass die Menschen Geld damit verdienen. Das ist übrigens nichts Ehrenrühriges. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen, weil darin bestimmten Dingen vorgegriffen werden soll und nicht versucht wird, die Beteiligung des Parlaments weiterhin sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Wir kommen zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Steiner. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Wenn es sein muss.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Wörner, Sie könnten ein wichtiges Signal dadurch senden, dass die rot-grün regierte Landeshauptstadt München aus dem größten Kernkraftwerk in Deutschland, Isar 2, aussteigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Steiner, da Sie häufig nicht anwesend waren, haben Sie die entsprechende Diskussion beim letzten Mal wahrscheinlich nicht mitbekommen. Aber es obliegt Ihnen, wann Sie an Sitzungen teilnehmen. Oder Sie waren geistig nicht anwesend; das kann auch sein. Das kann ich nicht beurteilen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich sage es Ihnen aber gern noch einmal, Kollege Steiner.

(Zurufe von der CSU: Das ist eine ungezogene Lügerei, die Sie betreiben! - Nicht beleidigen!)

- Wie man in den Wald hineinschreit, so kommt es zurück. So ist das in Bayern.

Herr Kollege Steiner, für Sie zum Mitschreiben: Wenn die Stadtwerke München ihren Anteil verkaufen würden, was sie versucht haben, was würde denn der Käufer damit machen? Das Kraftwerk weiterlaufen lassen, oder? - Er würde sich das Geld in die eigene Tasche schieben. Wollen Sie das ernsthaft? Oder wollen Sie, wie die Stadtwerke München, das Geld, das sie verdienen, in regenerative Energien stecken? München wird die erste Großstadt sein, die ihre Haushalte mit regenerativem Strom versorgen kann. Das ist also gut angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke, Kollege Wörner. - Nächste Wortmeldung: Kollege Thorsten Glauber für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag möchten wir von der Staatsregierung eine Aussage darüber erhalten, wie sie sich die Energiewende vorstellt. Die Zeitungen sind voll: Seehofer gegen Zeil, Söder gegen Huber. Zeil hält den Ausstieg aus der Kernkraft bis zum Jahr 2021 für sehr gefährlich und kündigt Stromausfälle hier in Bayern an. Demgegenüber sagt

Umweltminister Söder, dass er, wie auch der bayerische Ministerpräsident, innerhalb kürzester Zeit - bis 2020 - aus der Atomkraft heraus wolle.

Wir möchten gern von der Staatsregierung wissen, wie sie sich die Energiewende, wie sie sich den Ausstieg aus der Atomkraft genau vorstellt. Die Staatsregierung sollte nicht jeden Tag ein neues Thema anreißen, wenn sie keinen klaren Fahrplan vorlegen kann. Deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Wir alle konnten es heute in der Zeitung lesen: Die Ethikkommission hält den Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland bis 2021 für möglich, notwendig und ethisch vertretbar. Weder die Kommission noch wir möchten eine Klausel für den Bedarfsfall, wie von CDU- und CSU-Politikern gefordert. Wir wollen ein klares Bekenntnis zum Ausstieg.

Ich zitiere aus der heutigen Ausgabe der "Nürnberger Zeitung":

> Andererseits liest sich das Töpfer-Kleiner-Papier wie ein Gegenentwurf zur Laufzeitverlängerung vom Herbst. Die war demnach mitnichten alternativlos. Sie war energiepolitisch unnötig, umweltpolitisch riskant und ethisch unangemessen…
>
> (Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER setzen auf das Prinzip: In Bayern raus aus der Atomkraft! In Deutschland raus aus der Atomkraft!

Ich habe es von diesem Redepult aus schon mehrmals ausgeführt: Die acht Meiler, die momentan nicht am Netz sind, brauchen wir auch künftig nicht mehr am Netz. Auch die Ethikkommission sagt, die acht Terawattstunden seien nicht mehr notwendig in Deutschland.

Wir werden, wenn wir den Ausstieg aus der Atomkraft realisieren wollen, in den Jahren 2014 und 2015 unsere größten Anstrengungen leisten müssen. Dann werden Mei-

ler wie Gundremmingen vom Netz gehen. Wir als Parlamentarier müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese schwierige Phase gut bewältigt werden kann.

Wir wollen nicht Großgaskraftwerke hier in Bayern; dieser Anschein wurde möglicherweise erweckt. Wir wollen nicht, dass ein Kompensationsgeschäft mit Eon eingegangen wird, um dem Konzern die nicht mehr fließenden Gewinne aus den Laufzeitverlängerungen zu versüßen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Großgaskraftwerke erfordern enorm lange Planungszeiträume und Milliardeninvestitionen. Viele dezentrale, wenn möglich, kleine Gaskraftwerke werden die Zukunft sein. Die Verwendung von Methangas und, wenn notwendig, Erdgas kann eine Brücke sein. Ich sage Ihnen: Die Stadtwerke draußen haben längst mit entsprechenden Planungen begonnen. Die Stadtwerke Fürth haben eine Biogasanlage - das Projekt kostet 17 Millionen Euro - auf den Weg gebracht, die Ende des Jahres ans Netz gehen wird. Die Stadtwerke meiner Stadt Forchheim haben die Planung für ein 50 Millionen Euro teures, ökologisch zu betreibendes Gaswerk vorgelegt.Auch das wird ökologisch betrieben. Wir sehen daran, dass die Stadtwerke das selbst tun wollen. Das entspricht dem Spruch von Wilhelm Raiffeisen: "Das Geld des Dorfes dem Dorfe!" Genau dort werden wir als FREIE WÄHLER ansetzen. Wir werden versuchen, die Gewinne in kommunaler Hand zu lassen und die Wertschöpfung in kommunale Hand zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, komischerweise höre ich den Ausspruch "Das Geld des Dorfes dem Dorfe!" seit Neuestem auch aus Ihrem Munde. Ich bin froh, wenn man draußen bei Veranstaltungen mit Ihnen jetzt hört, dass die lokale Wertschöpfung die Zukunft ist; denn sie ist nicht nur die Zukunft in der Wertschöpfung, sondern auch in der Versorgungssicherheit. Wir werden damit diese Energiewende erreichen.

Wenn Sie unsere Studie anschauen, die ich angekündigt habe - sie steht im Netz und ist jedem Parlamentarier zugänglich -, dann sehen Sie, dass wir in dieser Studie viele Bausteine aufgelistet haben. Sie zeigt auch Folgendes auf: Wenn wir uns in Bayern 2030 zu 100 % auf erneuerbare Energien stützen wollen, dann brauchen wir einen Anteil an Bioenergie von 10 %, einen Anteil an Windkraft von 10 %, einen Anteil an Geothermie von 15 %, einen Anteil an Photovoltaik von 27 %, eine Verbesserung der Energieeffizienz von 12 %, einen Anteil an Speicherkraftwerken von 10 % und einen Anteil von Wasserkraft von 16 %. Dieser Energiemix würde eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbarer Energie im Jahre 2030 ermöglichen. Das ist die Zukunft der Energieversorgung.

Ich bin gespannt, wie Sie über unseren Antrag abstimmen werden. Wir fordern von Ihnen endlich einen Fahrplan, wie diese Energiewende in Bayern und in Deutschland vollzogen werden soll.

Zum Schluss etwas, was ganz wichtig ist und wozu man in der parlamentarischen Debatte nichts hört. Ich spreche vom Netzausbau. Das ist eine Bundesangelegenheit. Wir haben das Problem, dass wir in Deutschland 36.000 Kilometer Übertragungsnetze haben. Um Windkraft aus Ost- und Nordsee auch nach Bayern zu transportieren, müssen wir, weil erneuerbare Energien volatil sind und wir die Versorgungssicherheit gewährleisten müssen, die Übertragungsnetze ertüchtigen. 3.600 Kilometer wären notwendig. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in den letzten fünf Jahren gerade einmal 80 Kilometer geschafft haben.

Das zeigt auch, wo die Anstrengungen auf Bundesebene liegen müssen. Wir brauchen eine Netzbehörde, die dies vorantreibt, um die Energiewende zu realisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke schön, Kollege Glauber. Die nächste Wortmeldung: Kollege Reiß für die CSU. Bitte sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Wörner, Sie fordern hier von der Staatsregierung, mit einer Stimme zu sprechen, den Landtag und die Opposition in den Prozess des Umbaus unserer Energieversorgung einzubeziehen, und dann zitieren Sie aus der Homepage des energiepolitischen Sprechers der CSU-Landtagsfraktion mit Minutenangabe zu Dingen, die offensichtlich von mir heute oder irgendwann hineingestellt worden sein sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Das ist eine alte Mitteilung vom 22. September 2010. Das ist nicht mein Problem. Sie zitieren aus dem Zusammenhang gerissen. Das sind drei Zeilen von ungefähr hundert, in denen ich mich sehr deutlich zu der Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien etc. äußere und sage, dass wir damals die Laufzeitverlängerung begrüßt haben. Das haben wir getan. Wir sind heute ein halbes Jahr weiter.

(Ludwig Wörner (SPD): Das ist doch Gewäsch!)

- Das ist kein Gewäsch! Aber das wird sicherlich in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen. Es ist auch die Frage, wie wir in den nächsten zehn Jahren weiterkommen. Da haben Sie eine gemeinsame Aufgabe angesprochen. Wir kommen auf keinen Fall weiter, wenn wir nur polemisieren und polarisieren. Damit werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir haben bereits am 17. März mit unserem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, bis Mitte Mai ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Umfang der Umstieg in Bayern in eine auf erneuerbare Energien gestützte Energieversorgung erreicht werden kann. Auch der Ministerrat hat am 16. März das Wirtschaftsministerium aufgefordert, in Abstimmung mit dem Umweltministerium, mit dem Innenministerium,

mit dem Landwirtschaftsministerium, mit dem Finanzministerium und sogar mit der Staatskanzlei bis Mitte Mai ein Energiekonzept für Bayern vorzulegen, wie der Umstieg auf eine auf erneuerbare Energien gestützte Energieversorgung in den nächsten zehn Jahren erreicht werden kann.

Dass es bei der Erstellung dieser Energiekonzepte einen Wettbewerb der Ideen gibt, sollten wir, glaube ich, eher begrüßen. Ich würde es mit Helmut Kohl halten: Wichtig ist, was hinten rauskommt. Und da bin ich zuversichtlich, dass das Kabinett am 24. Mai ein Energiekonzept beschließen wird, das äußerst ambitioniert sein und deshalb alle Ihre bisherigen Vorstellungen übertreffen wird.

In der Zielsetzung sind sich letztlich alle in der Staatsregierung und in den Regierungsfraktionen einig. Wir wollen den Umbau unserer Energieversorgung zu einem weitgehend auf erneuerbare Energien gestützten System ohne Kernenergie deutlich beschleunigen. Auch hierzu haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag bereits am 17. März die Staatsregierung aufgefordert, den Umbau der Stromversorgungssysteme mit einem raschen Ausbau der Stromnetze zu unterstützen. Kollege Glauber hat vorhin angesprochen, dass wir in den letzten Jahren gerade einmal 80 bis 90 Kilometer von 3.600 Kilometern geschafft haben.

Eine große Herausforderung ist auch der Bau von Stromspeichern. Ohne Stromspeicherung und weitere Speicherungstechnologien werden wir den Durchbruch zur nächsten Generation volatile Energien erzeugender Windkraft und Photovoltaik nicht hinbekommen. Darüber besteht, denke ich, auch Konsens.

Wir haben neben dem Ausstieg aus der Kernenergie ein weiteres Zielbündel vom Klimaschutz über die Versorgungssicherheit bis zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrieunternehmen zu berücksichtigen. Unsere Stellung in Deutschland als erstklassiger Standort und als High-tech-Land hängt eng mit bezahlbaren Energiepreisen zusammen. Bezahlbare Preise - darauf hat auch die SPD zu Recht hingewiesen - sind auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Es hängt viel von den Bürgern ab. Kollege Wörner hat das angesprochen. Wir brauchen die Initiative vor Ort. Viele Entscheidungen müssen vor Ort getroffen werden. Sie erfordern die Akzeptanz von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, erfordern Initiativen vor Ort. Da hängt vieles auch davon ab: Gibt es Protest, haben wir ein späteres Datum. Gibt es Klagen, haben wir ein späteres Datum. Werden Dinge im gesellschaftlichen Konsens weitergebracht, dann haben wir natürlich auch ein früheres Datum. Wir müssen Betroffene zu Beteiligten machen, örtliche Initiativen und vor allen Dingen die örtliche Wertschöpfung unterstützen. Auch da sind wir weitestgehend im Konsens.

Ich habe bei mir im Stimmkreis eine Energiegenossenschaft, die innerhalb eines Jahres fast 5 Millionen Euro Anlagevermögen eingesammelt hat. Daran sieht man, dass das Bewusstsein vor Ort da ist. Das stellen wir auch nicht in Abrede, und das unterstützen wir auch nicht erst seit gestern, sondern seit Langem.

Wir müssen und wir werden, wie es im Dringlichkeitsantrag steht, auch den Landtag und damit auch die Opposition beteiligen, wie es der Ministerpräsident zugesagt hat. Herr Wörner, Sie wissen, dass eine Energiekommission bereits sehr weit vorbesprochen ist, in Planung ist. Sie wird dann auch die Frage beraten können, wie der Umstieg auf die erneuerbaren Energien schneller gelingen kann. Die Einzelheiten zur Einrichtung dieser Energiekommission werden derzeit zwischen den Fraktionen geklärt.

Bayern soll in Zukunft das Land mit der höchsten Energieeffizienz und mit der saubersten Energieversorgung sein und damit an der Spitze des technischen Fortschritts auf dem Weltmarkt für Energie und Umwelttechnologien stehen.

An der Umsetzung dieses Zieles wird bereits mit Nachdruck gearbeitet, ohne dass es dazu einer erneuten Aufforderung in den vorliegenden Dringlichkeitsanträgen bedarf. Wir werden ihnen daher nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke schön, Kollege Reiß. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich Kollege Hartmann gemeldet. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Dringlichkeitsanträge der Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER greifen berechtigt das unfassbare Gepoltere der letzten zwei Wochen auf, das diese Staatsregierung beim Thema Energiewende betreibt.Es ist in der Tat unerträglich, was sich in den letzten Wochen in den Regierungsfraktionen abspielt. Auf der einen Seite setzt der Ministerpräsident mit dem Umweltminister ein neues Ausstiegsdatum in den Raum; ein Datum, das man vor einem Vierteljahr als grüne Spinnerei abgetan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite steht die klassische Atomgarde der CSU weiterhin bereit - wie Erwin Huber. Wir haben auf einer anderen Seite wiederum Wirtschaftsminister Zeil, der es etwas langsamer angehen möchte.

Man merkt eigentlich schon jetzt in dieser einen Woche, wie die Debatte zwischen FDP und CSU in dieser Staatsregierung abgelaufen ist. Wenn sich die Staatsregierung einigen muss bei diesem Thema, dann wird nicht mehr herauskommen als ein Lippenbekenntnis zum Atomausstieg. Das kann man jetzt schon sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Politikstil, den diese Staatsregierung bei dieser wichtigen Frage der Energiewende betreibt, ist wirklich widerlich. Man erfährt aus der Presse, wer wann wie wo was vorstellt - auf der einen Seite der Umweltminister, im Kabinett offiziell dafür gar nicht zuständig, lanciert über die Presse, lädt zu einem Pressefrühstück ins Umweltministerium ein und betreibt dort Parteipolitik. Auf der anderen Seite steht der Wirtschaftsminister Zeil, der auch nichtöffentlich, genau zufällig ein, zwei Tage später über die Pres-

se sein Konzept in die Debatte einspeist, ohne es dem Landtag und auch öffentlich richtig vorzustellen.

Also man sieht: Die Staatsregierung diskutiert ihre Energiekonzepte über die Presse und nicht mit diesem Hohen Haus.

Einen weiteren Bereich spricht der SPD-Antrag an. Wir werden uns da enthalten, und zwar aus folgendem Grund. Kollege Wörner hat es zuvor angesprochen. Sie haben das Ziel, das Söder und Zeil gemeinsam ein Konzept erarbeiten. Aber bei aller Liebe: Ich möchte eigentlich nicht so lange warten, bis sich die Staatsregierung, bis sich der Wirtschaftsminister und der Umweltminister zusammengerauft haben und dann etwas herauskommt.

Die Zuständigkeiten in der Staatsregierung sind ganz klar geregelt. Sie liegen bei Herrn Zeil, was die Energiepolitik angeht, und Umweltminister Söder, der gerade nicht im Haus ist, hat genug Hausaufgaben im Bereich der Energiewende zu erledigen. Die Atomaufsicht in Bayern untersteht seinem Haus. Die endgültige Abschaltung von Isar 1 muss Minister Söder angehen; da kann er tätig werden. Was den anderen Bereich der bayerischen Atomaufsicht angeht, muss man auf manche Fälle hinweisen, beispielsweise Grafenrheinfeld. Es gibt genug Hausaufgaben, um eine glaubwürdige Ausstiegspolitik zu betreiben, wo Minister Söder tätig werden kann. Aber das wird er nicht.

Zum Schluss ist zu sagen: Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Er geht in die richtige Richtung. Wir erwarten auch ein klares Konzept der Staatsregierung. Das Spannende wird dann, wenn das Konzept der Staatsregierung vorliegt, sein, wie weit es die Unterstützung in den Regierungsfraktionen findet, weil man im Flurfunk immer wieder hört, dass es einigen Unmut gibt, wie vonseiten des Umweltministers und des Wirtschaftsministers nach vorn gerudert wird. Da wird es sich dann entscheiden, wie ernst Sie es mit der Energiewende in diesem Land meinen, wie Sie sich, wenn die Anträge auf dem Tisch liegen, dazu verhalten.

Nur kurz zur Erinnerung: Bei den Haushaltsberatungen - das ist noch nicht lange her - haben Sie definitiv alle Anträge zur Energiewende abgebügelt und keinem einzigen Antrag zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Thalhammer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hartmann, auch ich fand in der letzten Zeit einiges, was man über die Medien erfahren musste, bemerkenswert. Das Wort "widerlich", das Sie gebraucht haben, möchte ich dennoch mit aller Schärfe zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte zunächst zum SPD-Antrag sprechen, der die Staatsregierung auffordert, mit einer Stimme zu sprechen. Ich freue mich, dass Herr Kollege Reiß ausdrücklich darauf hingewiesen hat, dass es einen klar zuständigen Minister für dieses Konzept gibt und dieser Minister, unser Wirtschafts- und Energieminister, auch den Auftrag der Staatsregierung und von Herrn Seehofer bekommen hat.

(Ludwig Wörner (SPD): Alles wird gut!)

Ich verstehe auch die Aufregung der letzten Tage nicht so ganz. Auch ohne Fukushima hat damals die Bayerische Staatsregierung und haben wir hier im Landtag beschlossen, dass wir beispielsweise einen bayerischen Energieatlas benötigen. Zum Gesamtkonzept, zu diesem bayerischen Energieatlas hat das Wirtschaftsministerium mit dem Solaratlas und mit dem Windatlas wesentliche Teile beigetragen, und der Umweltminister hat dann den gesamten Energieatlas vorgestellt.

Damals gab es keine Zwischenrufe eines anderen Hauses, die irgendwie mehr gefordert hätten als den Auftrag, den sie zu erledigen hatten. Ich glaube, es gehört auch

etwas Größe dazu, dann einmal seine eigene Person etwas zurückzunehmen und sich in den Dienst der Sache zu stellen. Diese Zurückhaltung im Interesse der Sache, wie sie seinerzeit der Minister Zeil an den Tag gelegt hat, wünsche ich mir von jedem Kabinettsmitglied. Und, meine Damen und Herren, wenn man sich schon in die Kompetenzen, in das Kompetenzfeld eines anderen einmischt, dann erwarte ich schon, dass man auch gewisse Kompetenz mitbringt.

(Heiterkeit und Unruhe bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Margarete Bause (GRÜNE): Das sagt der Richtige! - Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER)

Das Energiekonzept, das aus dem Umweltministerium vorgestellt wurde, kann man relativ einfach zusammenfassen: Wir schalten die Atomkraftwerke ab und bauen jede Menge Windräder. Die Tatsache, dass ein Flächenland wie Bayern - ich freue mich, dass der Herr Landwirtschaftsminister anwesend ist - beispielsweise auch im Bereich der Biomasse immense Potenziale hat, kommt hier zum Beispiel kaum vor.

Meine Damen und Herren, ich finde es bemerkenswert, dass eine interne Meinungsbildung in einer Partei so über die Öffentlichkeit ausgetragen wird. Ich gebe nur zu bedenken, dass die FDP auf dem Landesparteitag vor mehreren Wochen bereits eine ganz klare Beschlusslage zum Thema Energiewende hatte.

Lieber Kollege Wörner, ich unterstütze sehr, dass wir bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Energiewende alle einbeziehen, auch alle Parteien. Deswegen unterstützen wir die Energiekommission sehr, und ich hoffe, dass wir jetzt auch langsam mal mit der Arbeit anfangen können.

Aber wenn Sie sich natürlich auch bewerben wollen mit Ihrer Kompetenz - ich weiß, dass Sie die haben -, und wir haben beispielsweise große Übereinstimmung im Bereich der Wasserkraft, was auch beim Herrn Umweltminister bisher noch nicht so viel Aufmerksamkeit hervorgerufen hat, dann erwarte ich auch, dass Sie hier im Landtag

einen Antrag einreichen, der inhaltlich fundiert ist und nicht nur - ich sage einmal - einen Keil zwischen verschiedene Parteien treiben möchte.

(Ludwig Wörner (SPD): Da bin ich offensichtlich der Sündenbock.)

- Schauen Sie sich Ihre Überschrift an! - Ich brauche keinen Sündenbock, da haben wir Kreuz genug, und im Zweifel bin es immer ich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER. Lieber Kollege Glauber, Sie können davon überzeugt sein, dass die Staatsregierung, wie versprochen, Ende dieses Monats ein umfassendes Energiekonzept vorlegen wird und dass wir da auch nicht nur Larifari schreiben werden, sondern konkrete Schritte definieren wollen, wie wir es zu schaffen glauben. Es wird sicherlich der eine hier seine Priorität setzen, ein anderer da, aber wir werden, glaube ich, einen realistischen Fahrplan vorlegen.

Wir müssen uns, auch wenn es nicht populär ist und auch wenn man dann stehen muss, dennoch auf die Faktenlage berufen. Wir müssen uns die Fakten ansehen und dürfen nicht nur in die Glaskugel schauen. Wir brauchen ein vernünftiges, realitätsbezogenes Energiekonzept.

Ihr Wortbeitrag soeben hat gezeigt, wie schwer das ist. Sie haben vor allem gesagt, was nicht möglich ist, und wo Sie als FREIE WÄHLER nicht mitmachen werden. Das genau ist das Sankt-Florians-Prinzip, das wir bei so einer Energiedebatte nicht benötigen. Wenn ich nur jede erneuerbare Energie betrachte und sage: Biogas stinkt, Wasserkraft schreddert die Fische, Geothermie kann Erdbeben verursachen, Windkraft ist hässlich, wenn ich also immer nur sage, was alles nicht geht, werden wir nicht weiterkommen. Lassen Sie uns bitte uns darauf konzentrieren, uns auf die Zukunft auszurichten, wie wir alle gemeinschaftlich es schaffen wollen.

Herr Kollege Glauber, die Meilensteine, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, zeigen prinzipiell ein prozessorientiertes Vorgehen, das Systematik erfordert und über das

man diskutieren kann. Aber ich glaube, dass die Komponente Zeit ein falscher Meilenstein ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glauber?

Tobias Thalhammer (FDP): Lassen Sie uns das nachher in einer Zwischenbemerkung machen.

Ich glaube, dass die richtigen Meilensteine nicht genannt sind. Die richtigen Meilensteine wären zum Beispiel Stromkontingente.Dann haben wir verlässliche Zahlen, auf die wir unser Handeln entsprechend ausrichten können.

Ich appelliere an alle in diesem Haus, dass wir zielstrebig und ohne zu zögern in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gehen.

Seien wir uns bewusst: Wir könnten jetzt alle Kernkraftwerke abschalten, wenn wir auf der anderen Seite bereit wären, Strom zu importieren, und zwar nicht nur für ein paar Tage, sondern permanent.

Ich möchte im Gasbereich keine Abhängigkeit von Russland haben. Ebenso will ich nicht, dass wir bei Strom eine Abhängigkeit von Tschechien haben. Manche wollen das, aber ich mag es nicht.

Lassen Sie uns also ein wirklich fundiertes, realitätsnahes Konzept für Bayern machen, das sich nicht an einer Glaskugel, sondern an der Faktenlage orientiert.

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Intervention hat Herr Kollege Glauber das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Thalhammer, wir FREIEN WÄHLER wissen, dass die Energiewende das Gesicht Bayerns verändern wird. Da geht es eben um die Akzeptanz von Biogas und Windkraft. Nie haben wir in diesem Hause etwas anderes gesagt.

Sie verdrehen die Faktenlage. Nicht wir haben die Laufzeit der AKWs verlängert, sondern Sie haben es ohne Not getan.

Wir stellen hier Anträge betreffend einen Zerlegungssteuersatz für Photovoltaik, weil wir für Photovoltaik sind, um die Wertschöpfung vor Ort generieren zu lassen. Sie sind dagegen. Sie sind für Solarthermie, lehnen aber Anträge dazu ab. Wir müssen in diesem Haus schon klar feststellen, wer für regenerative, nachhaltige, dezentrale Energie steht und wer die Großen unterstützt. Letzteres macht allein die FDP.

Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Ihr Koalitionspartner im Umweltministerium inkompetent ist, oder habe ich Sie da falsch verstanden?

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Glauber, es freut mich, dass ich Ihre Aussage vorhin anscheinend falsch verstanden habe und Sie die Dinge jetzt richtiggestellt haben. Aber das bringt uns jetzt nicht weiter. Sie haben als FREIE WÄHLER draußen doch so viele Bürgermeister - deutlich mehr als die FDP -, dass ich Ihnen rate: Sprechen Sie mit denen! Werben Sie mit allen Mitteln für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Werben Sie dafür, dass sich jeder FREIE-WÄHLER-Bürgermeister vor seinem Dorf aktiv dafür einsetzt, dass Windräder gebaut werden. Wenn Sie das tun, fände ich das super. Dann würde ich Sie hier auch ganz offiziell loben.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung darf ich jetzt Frau Staatssekretärin Hessel das Wort erteilen.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Wörner, ich darf Sie zitieren:

Ein bayerisches Energiekonzept wollen wir alle. Wir sind da einer Meinung. Wir sind auch einer Meinung, dass wir alle aus der Kernenergie rauswollen. Wir waren uns nur nicht immer sicher, zu welchem Zeitpunkt.

Aber wir brauchen sicherlich keine Hilfestellung von der SPD, was die Einigkeit der Bayerischen Staatsregierung angeht.

Wir haben heute schon viel über Zuständigkeiten etc. gehört. Vielleicht darf ich der Opposition an dieser Stelle einmal etwas mitteilen, von dem ich eigentlich dachte, dass es im Hohen Hause schon angekommen sei: Wir haben in Bayern seit zweieinhalb Jahren eine Koalitionsregierung. Deswegen gibt es - Kollege Reiß hat es sehr schön gesagt - einen Wettbewerb der Ideen. Wenn Umweltminister Söder für seine Partei, die CSU, ein Energiekonzept vorlegt, dann darf Kollege Söder das sehr gern tun.

Wir haben den Auftrag vom bayerischen Kabinett bekommen. Wir vom Wirtschaftsministerium als Energieministerium sollen der Bayerischen Staatsregierung ein Energiekonzept vorlegen. Es wurde Ende letzter Woche an die Ministerien verschickt. Das ist der normale Vorgang bei jeder Ministerratsvorlage. Das gilt für alles, was wir tun.

Auf der Grundlage der Ministerratsvorlage wird Ende Mai über das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung entschieden.

Herr Kollege Fahn, die Bayerische Staatsregierung bildet sich im Kabinett ihre Meinung. Danach wird der Bayerische Landtag - das haben wir nie abgestritten - beteiligt.

(Zuruf von der SPD: Wie großzügig!)

- Nein, das ist keine Großzügigkeit. Sie müssen unserer Staatsregierung die Einhaltung der normalen Vorgehensweise zugestehen.

Als erste Beteiligung ist an den Energiebeirat des Wirtschaftsministeriums zu denken. Es gibt auch die Energiekommission im Landtag. Wir alle gemeinsam werden an dem Ziel arbeiten.

Heute ging es weniger um die Inhalte des Energiekonzepts als um das Vorgehen der Staatsregierung. Ich kann Sie beruhigen: Die Bayerische Staatsregierung hat ihren Standpunkt. Das gilt auch für die Energiefrage. Der Wettbewerb der Ideen läuft immer anders, als es die SPD möchte. Dennoch ist der Wettbewerb der Ideen zulässig.

Worin wir uns einig sind, ist, dass eine Energiewende nur mit Beteiligung der Bürger funktioniert. Das heißt, die Entscheidungen vor Ort müssen akzeptiert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Es hilft uns nichts, Herr Wörner, wenn wir alle der Meinung sind, dass die Entscheidung vor Ort zwar richtig ist, man die Entscheidung aber nicht im eigenen Ort haben will. Mögen die anderen Biokraftanlagen und Windräder bauen, mögen die anderen Solarparks anlegen und Wasserkraftwerke bauen -, wir warten darauf, dass der Strom aus der Steckdose kommt. Das ist leider falsch gedacht. Denn der Strom muss erst einmal in die Steckdose hineinkommen. Wir können Ihre Denkweise nicht übernehmen.

Ich habe heute von Ihnen, Herr Wörner, ein Zitat mitgenommen. Ich werde es mir aufschreiben: Es ist nichts Ehrenrühriges, Geld zu verdienen. Ich hätte nicht gedacht, solches von Ihnen zu hören. Ich nehme es aber gern mit.

(Ludwig Wörner (SPD): Ja, Sie verdienen Geld, und ich verdiene Geld!)

- Manchmal hat man bei den einen oder anderen Äußerungen in diesem Haus den Eindruck, dass es vielleicht doch ehrenrührig sei, in der Wirtschaft Geld verdienen zu wollen.

Wir brauchen die Akzeptanz vor Ort. Deshalb ist in unserem Energiekonzept enthalten, dass wir eine Energieagentur beauftragen, die Energiewende zusammen mit der Bevölkerung umzugestalten, damit die Akzeptanz da ist. Ich bitte alle, die gemeinsame Akzeptanz, die wir brauchen, herzustellen.

Kollege Glauber hat gesagt, Bayern werde sein Gesicht verändern. Deshalb ist es wichtig, dass wir alle für die gemeinsame Akzeptanz, die wir brauchen, bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werben.

(Ludwig Wörner (SPD): Weiß das der Minister?)

- Das weiß auch mein Minister. Ich danke für Ihre Frage. Den Minister darf ich an dieser Stelle entschuldigen. Er musste nach Rostock reisen. Wie Sie wissen, haben wir dort die eine oder andere Baustelle zu bewältigen.

(Zuruf von der SPD: Macht das die Staatsregierung?)

- Nicht die Staatsregierung, sondern diesmal ausnahmsweise der kleinere Teil der Staatsregierung.

Wir brauchen keine Nachhilfe in Zuständigkeitsfragen, auch keine Nachhilfe in Zeitfragen. Unser Energiekonzept liegt ordnungsgemäß und zeitgerecht vor.

Deswegen bitte ich um Ablehnung der beiden Dringlichkeitsanträge und freue mich auf die Diskussion über das vorliegende Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/8516 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die CSU und die FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/8517 - das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind CSU und FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.